



## Strategie für Naturschutz

### Experten-Anhörung im Landtag zur Artenvielfalt

*Wie steht es um den Arten- und Biotopschutz in der bayerischen Kulturlandschaft? Antworten auf diese Frage lieferte eine Anhörung im Umweltausschuss. Dazu waren Experten aus der Wissenschaft, von Landschaftspflege- und Naturschutzverbänden in den Landtag gekommen.*



Auf der „Roten Liste“: Der Laubfrosch (*Hyla arborea*). Die „Roten Listen“ haben sich zu wichtigen Naturschutzinstrumenten entwickelt. Sie dokumentieren die gefährdeten Arten. /Foto: dpa

Ein zunehmender Artenschwund bei Pflanzen und Tieren ist auch in Bayern festzustellen. Als Hauptursache gilt die intensive Landwirtschaft, aber auch anhaltend hoher Flächenverbrauch.

Vor dem Hintergrund der [UN-Naturschutzkonferenz im Mai 2008 in Bonn](#) und der internationalen Vorbildwirkung Deutschlands und Bayerns soll der Freistaat, so die Meinung

der Fachleute, eine eigene Strategie für den Arten- und Biotopschutz entwickeln.

[Lesen Sie mehr ab Seite 3](#)

## Themen

### Nachtragshaushalt

2,6 Milliarden Euro mehr



Seite 7

### Elektroschock-Pistolen

Einsätze in der Diskussion



Seite 9

### Planspiel

„Der Landtag sind wir!“



Seite 14

### Serie „Typisch Bayern“

Wo Grenzen überschritten werden



Seite 16

## Liebe Leserin, lieber Leser,

Wo stünde der Standort Bayern ohne seine Natur und Landschaften, um die wir weltweit beneidet werden? Die Frage macht deutlich: Vieles steht auf dem Spiel, wenn es nicht gelingt, dem Rückgang der Artenvielfalt Einhalt zu gebieten. Mittlerweile gelten in Bayern ca. 40 Prozent der Tierarten und ca. 43 Prozent der Pflanzenarten als ausgestorben, verschollen oder bedroht. Der Landtag hat das Thema „Arten- und Biotopschutz in der Kulturlandschaft“ bei einer Anhörung im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz aufgegriffen und mit Experten aus Wissenschaft, Landschaftspflege- und Naturschutzverbänden über die Ursachen, aber auch über Gegenstrategien diskutiert. [➔ MEHR](#)

2,6 Milliarden Euro mehr kann der Freistaat Bayern dank höherer Steuereinnahmen im Nachtragshaushalt 2008 ausgeben, so dass der 2006 beschlossene Doppelhaushalt auf 39 Milliarden anwächst. Im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen debattierten die Abgeordneten über den Entwurf des Finanzministeriums. [➔ MEHR](#)

Rund 160 000 Kinder im Freistaat leben an oder unter der Armutsgrenze. Kinderarmut wird im Bayerischen Landtag fraktionsübergreifend als gesellschaftspolitischer Skandal aufgefasst. Allerdings verfolgen die Parteien unterschiedliche Lösungsansätze bei der Bekämpfung bzw. bei der Prävention. [➔ MEHR](#)

Wie wird ein Gesetz gemacht? Wie läuft die Arbeit in den Ausschüssen? Wie organisiert man Mehrheiten? Wie argumentiert man im Plenum? – um das zu erfahren, probiert man es am besten selbst aus. Gelegenheit dazu bietet das Planspiel des Bayerischen Landtags mit dem Titel „Der Landtag sind wir!“. Realitätsnah und begleitet von Fachkräften können bayerische Schülerinnen und Schüler dabei – entweder im Plenum des Bayerischen Landtags oder im eigenen Klassenraum – in die Rolle von Parlamentariern schlüpfen: Ganz wie im richtigen Parlamentsleben erarbeiten und beraten sie in verschiedenen Fraktionen und Ausschüssen konkrete Gesetzespläne, diskutieren darüber im Plenum und stimmen ab. [➔ MEHR](#)

In unserer Reihe „Typisch Bayern“, in der wir die Regierungsbezirke des Freistaats vorstellen, ist dieses Mal Unterfranken an der Reihe. Die Autorin Birgit Speckle, wissenschaftliche Mitarbeiterin für Kulturarbeit und Heimatpflege beim Regierungsbezirk in Würzburg, sagt über ihre Region: „Die Menschen, die hier leben, sind so offen wie die sie umgebenden Grenzen.“ [➔ MEHR](#)

Außerdem portraituren wir Max Miller, den dienstältesten Bürgermeister Deutschlands. Dieser führt noch bis Ende April seine Amtsgeschäfte im „Maximilianeum“. Dabei handelt es sich aber nicht um den Sitz des Bayerischen Landtags, sondern um das Rathaus in Salgen im Unterallgäu. [➔ MEHR](#)

Viel Vergnügen bei der Lektüre!  
DIE REDAKTION

P.S: Wir freuen uns, von Ihnen zu hören. Lassen Sie uns wissen, wie Ihnen die Beiträge gefallen bzw. über welche Themen Sie gerne mehr erfahren möchten. Sie erreichen uns unter: [maximilianeum-online@bayern.landtag.de](mailto:maximilianeum-online@bayern.landtag.de)

## Inhalt

Editorial	2
<b>Titelthema</b>	
Strategie für Naturschutz	
Artenschwund in Bayern schreitet voran	3
Meinungen der Fraktionen	5
<b>Aktuelles</b>	
Landesbank Bayern	6
Nachtragshaushalt 2008	7
G8: Überprüfung der Lehrpläne	8
Einsatz von Elektroschock-Pistolen	9
Kinderarmut in Bayern	10
<b>Ausschüsse</b>	
Besuch des Cluster-Standorts Oberpfaffenhofen	11
Meldungen aus den Ausschüssen	13
<b>Reportage</b>	
„Der Landtag sind wir!“	14
<b>Serie</b>	
„Typisch Bayern“	
Unterfranken – Wo Grenzen überschritten werden	16
<b>Interview</b>	
Denkmalpflege – spannend wie ein Krimi	18
<b>Notizen, Impressum</b>	19

# Artenschwund in Bayern

## Ausschuss holte Meinung von Experten ein

*„Arten- und Biotopschutz in der Kulturlandschaft“ – so hieß das Thema einer Anhörung im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz. Dass die größten Gefährdungen für die Artenvielfalt von der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung ausgehen, darüber herrschte Einigkeit unter den Experten. Als weitere Gefährdungsfaktoren wurden der anhaltend hohe Flächenverbrauch in Bayern sowie die Auswirkungen der Klimaveränderung genannt.*

Der Zustand des Artenschutzes lässt sich nach den Ausführungen von Jörg Pfadenhauer, Lehrstuhl für Vegetationsökologie an der TU München, durch die Fortschreibung der Roten Listen einigermaßen sicher feststellen: Insgesamt gelten danach ca. 40 Prozent der Tierarten und ca. 43 Prozent der Pflanzenarten in Bayern als ausgestorben, verschollen oder

bedroht. Der Artenschwund schreitet immer weiter voran – ein Trend, der trotz natur-schutzfachlicher Bemühungen bislang nicht gestoppt werden konnte.

Die Art und Weise der landwirtschaftlichen Nutzung wurde im Gremium übereinstimmend als Hauptursache des Artenschwundes genannt. Ulrich Ammer, emeritierter Professor für Landnutzungsplanung und Naturschutz an der TU München, betonte, dass man die Bauern aber nicht an den Pranger stellen dürfe: „Die Gesellschaft bestimmt, wie Landbewirtschaftung stattfindet.“ Mit dem flächendeckenden, „immer noch zunehmenden Einsatz von Bioziden“ sei ein Ausrottungsprozess von bis dahin unbekanntem Ausmaß vonstatten



Beispiele für intakte Natur: Enziane in den Alpen und zwei Hauhechelbläulinge.

gegangen, der „Kollateralschaden einer intensiven, zu ständiger Rationalisierung gezwungenen Landwirtschaft“. „Besorgniserregende Signale dieser Entwicklung“ seien vor allem die Ergebnisse vergleichender Untersuchungen auf konventionellen und biologisch bewirtschafteten Parzellen. Danach lägen nicht nur die Artenzahlen der ackerbegleitenden Wildkräuter im biologischen Landbau um ein Vielfaches höher, sondern auch die für viele Insekten wichtigsten Blütenträger fehlten in konventionell bewirtschafteten Getreidefeldern. Den für ihn vorläufig „letzten Schritt“ in Richtung Verarmung der Landschaft habe man mit der Förderung nachwachsender Rohstoffe getan, die großräumige Monokulturen und einen Verlust an „kleinteiligem Fruchtwech-



Fotos: dpa

sel“ nach sich ziehe. Die Experten äußerten konkrete Vorstellungen zu einer Strategie für **Biodiversität** (siehe Kasten): Wolfgang Haber, ehemaliger Lehrstuhlinhaber für Landschaftsökologie an der TU München, sprach sich für eine Umschichtung der Agrarmittel zugunsten der Förderung von Umweltmaßnahmen aus. Außerdem müssten Kleinbetriebe stärker gefördert werden. Ludwig Sothmann, Vorsitzender des Landesbundes für Vogelschutz, forderte bei den Förderprogrammen zur Landschaftspflege weniger Bürokratie, eine stär-

### Biodiversität

Biodiversität ist die Kurzform des Begriffs biologische Vielfalt und bezeichnet die Vielfalt der Arten auf der Erde, die Vielfalt innerhalb der Arten (genetische Unterschiede zwischen Individuen und Populationen) sowie die Vielfalt von Ökosystemen.

Biodiversität ist auch ein politischer Begriff – insbesondere seit der Konvention zur biologischen Vielfalt von 1992, die mittlerweile von 190 Staaten und der Europäischen Union ratifiziert worden ist.



## Auswirkungen der Klimaveränderung



*Intensive Landwirtschaft und die immer weitere Ausdehnung der Zivilisation (oben rechts) bedrohen die Artenvielfalt.*

Fotos: dpa

kere regionale Flexibilität und die Einführung von Erfolgsprämien. Für eine Aufstockung der Mittel aus dem europäischen Landwirtschaftsfonds zur Entwicklung des ländlichen Raums plädierte Klaus Blümlhuber, Landessprecher der Landschaftspflegeverbände in Bayern. Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Artenvielfalt in Bayern schätzten die Exper-

ten unterschiedlich ein: Josef Reichholf von der Kommission für Ökologie der Bayerischen Akademie der Wissenschaften betonte, dass für die bisherige, in Bayern nur statistisch fassbare Klimaerwärmung anscheinend bisher keine Einflüsse auf die **Biodiversität** aufgetreten seien, die als bedeutungsvoll oder nachhaltig einzustufen wären. Demgegenüber nannte Pfadenhauer als mögliche Reaktion auf die Erwärmung, dass Artenbestände neue Lebensräume aufsuchten und dass sich die Vegetationszonen verschoben. Besonders eindrucksvoll sei die derzeit beobachtete Angleichung des Artenbestandes der hohen Alpengipfel als Folge der graduellen Erwärmung: Dort, so Pfadenhauer, würden sich die Vegetationsgürtel nach oben verschieben und Hochgebirgsspezialisten der extremsten Lagen verschwinden. Haber warnte: „Die Kosten der Maßnahmen gegen den Klimawandel sind so hoch, dass für die **Biodiversitätskonvention**

keine solide finanzielle Grundlage vorhanden ist, die auch dauerhaft wirksam ist.“

### Biotopvernetzung als wichtige Aufgabe

Auch die Notwendigkeit der Biotopvernetzung im Freistaat wurde diskutiert: Pfadenhauer verwies auf die Ergebnisse „hinlänglicher Untersuchungen“. Neben dem direkten Flächenverlust durch kontinuierlichen Ausbau des Straßen- und Schienennetzes werde die Landschaft in immer mehr Parzellen zerlegt. Neben dem direkten Flächenverlust seien die indirekten Folgen auf Lebensräume und ihre Arten bekannt. Auf Wanderungen angewiesene Arten leiden unter der Wirkung von Barrieren. Außerdem könne die Zerstückelung von Populationen dazu führen, dass die verbliebenen Bestände mittelfristig nicht überlebensfähig seien. Laut Pfadenhauer fehlt eine landesweite Strategie für eine Obergrenze der Versiegelung und Zerschneidung Bayerns.

Die Bedeutung der Biotopvernetzung sprach Klaus Blümlhuber an. Er stuft diese Vernetzung als eine der wichtigsten Aufgaben für einen nachhaltigen Artenschutz ein. Besonders Arten mit geringem Verbreitungspotenzial sowie isolierte Populationen seien wegen der Verinselung des Genpools vom Aussterben bedroht. Sinnvoll sei, neben dem Ausbau von Förderprogrammen, auch ein gezielter Flächenenerwerb, um Biotopstrukturen wie Hecken, Raine und Uferstrandstreifen langfristig zu sichern. /Alexandra Königer, Katja Helmö

### UN-Naturschutzkonferenz

Deutschland ist vom 19. bis 30. Mai 2008 Gastgeber der 9. UN-Naturschutzkonferenz (der Konvention über die biologische Vielfalt). Erwartet werden über 5000 Teilnehmer aus 190 Ländern. Das gemeinsame Ziel der Weltgemeinschaft ist die globale Erhaltung der Biodiversität.

➔ MEHR

## Ergebnisse der Anhörung: Das sagen die Politiker dazu

*Die Expertenanhörung im Bayerischen Landtag hat gezeigt: Der globale Artenverlust macht auch vor Bayern nicht halt. „Maximilianeum“ wollte von Vertretern der Fraktionen im Ausschuss wissen, welche Maßnahmen wichtig sind, um dem Rückgang der Biodiversität in Bayern entgegenzuwirken.*

### Lexikon: Anhörung der Ausschüsse

Jeder Ausschuss kann zur Information über einen Gegenstand seiner Beratung gemäß § 173 der Geschäftsordnung die Durchführung einer Anhörung von Sachverständigen, Interessenvertretern und anderen Auskunftspersonen beschließen. Die Angehörigen der Oppositionsfraktionen (mindestens ein Fünftel ihrer Ausschussmitglieder) haben die Möglichkeit, bis zu zwei solcher Anhörungen pro Kalenderjahr zu verlangen. Hierzu bedarf es einer entsprechenden Beschlussfassung des zuständigen Ausschusses. Die Anhörungen können auch als gemeinsame Anhörung von mehreren Ausschüssen durchgeführt werden. Beschließt der Ausschuss eine Begrenzung der Anzahl der anzuhörenden Personen, so benennen die Fraktionen entsprechend ihrem Stärkeverhältnis nach d'Hondt die anzuhörenden Personen. In der 15. Wahlperiode gab es bislang 45 Anhörungen. /mill

### Meinungen der Fraktionen

**Henning Kaul, CSU:** Zur Sicherung, Pflege und Entwicklung bedrohter Arten und der biologischen Vielfalt haben sich seit Jahren Einrichtungen wie Bayern-Netz-Natur, Vertragsnaturschutz, Landschaftspflegerichtlinien, Artenhilfsprogramme, Schutzgebietsausweisungen sowie der Naturschutz- und Umweltfonds bewährt. Trotzdem müssen wir feststellen, dass die bewerteten Tier- und Pflanzenarten abnehmen. Die Gründe liegen oft in der Zerschneidung der Lebensräume. Dazu tragen Verkehrsadern, Flächenverbrauch durch Siedlung und Gewerbe, Freizeitbetätigung und Schadstoffeinträge in Gewässer, Böden und Luft sowie die Klimaveränderung bei. Wir müssen das Jahr 2008 als „Jahr der Biodiversität“ nutzen, um den kooperativen Naturschutz in Gemeinsamkeit aller gesellschaftlichen Gruppierungen wie Grundstückseigentümer, Landwirte, Obst- und Gartenbauverbände, Naturschutzverbände, schulische und Erwachsenen-Bildungseinrichtungen sowie unter Einbeziehung aller Politikbereiche weiterzuentwickeln. Unter Einbeziehung des Landtags sollte die Staatsregierung als ihren Anteil an der internationalen Konferenz zur Biodiversität im Mai in Bonn ihre Ziele und Schwerpunkte in Form einer Strategie zum Ausbau der biologischen Vielfalt in Bayern fortschreiben.

**Ludwig Wörner, SPD:** Wir fordern den flächendeckenden Schutz unserer natürlichen Lebensgemeinschaften. Konkret: Bei jedem Eingriff durch den Menschen muss eine Abwägung mit den Belangen der Natur und ihrem „Eigenwert“ auf gleicher Augenhöhe erfolgen. Die Übernutzung – durch den Siedlungs- und Verkehrswegebau, durch die Intensivlandwirtschaft, durch Schadstoffe aus Verkehr, Industrie und Gewerbe – muss ein Ende haben.

Wir fordern, den massenhaften Flächenverbrauch von täglich mehr als 20 Hektar in Bayern zu stoppen. Mit einem wirksamen Bodenentsiegelungsprogramm müssen Flächen, die nicht mehr gebraucht werden, der Natur zurückgegeben werden. Das gilt auch beim Hochwasserschutz: Statt Beton den Flüssen mehr Raum geben. Wo Verkehrsadern die natürlichen Lebensräume zerschneiden, müssen funktionsfähige Wander- und Kreuzungswege gebaut werden. Mit Monitoringprogrammen können die Gefahren schneller erkannt werden. Wir wenden uns entschieden gegen alle Eingriffe, die großflächig die Natur bedrohen: Großprojekte wie den Donauausbau mit Stautufen oder den Transrapid ebenso wie eine nicht mehr rückholbare Verseuchung Bayerns mit Agrogentechnik.

**Ruth Paulig, Bündnis 90/Die Grünen:** Die Artenvielfalt und der Biotopschutz hängen von der Nutzung der Kulturlandschaft ab. Nur wenn man in der landwirtschaftlichen und forstlichen Praxis, aber auch bei der Nutzung der Fläche für Verkehrsprojekte wertvolle Biotope und Artenbestände erhält, kann man den Verlust der Artenvielfalt noch stoppen. Leider bewirken die aktuelle Intensivierung der Nutzung und neue große Verkehrsprojekte in wertvollen Naturräumen (Donauausbau, A 94, dritte Startbahn am Münchner Flughafen) genau das Gegenteil.

Das zaghafte Gegensteuern über Agrarumweltprogramme oder Ausgleichsflächen bei Verkehrsprojekten wird das Artensterben nicht aufhalten. Nicht akzeptabel ist die mangelhafte Personalsituation bei der Erfassung der Artenvielfalt und in den Naturschutzbehörden.

Im Nachtragshaushalt werden wir mehr Geld für den Naturschutz fordern. Außerdem fordern wir in einem Antrag ein eigenes bayerisches Biodiversitätskonzept, das auch die Bereiche Landwirtschaft und Verkehr umfasst.

Landesbank Bayern:

# Diskussion über die Informationspolitik

*Im Haushaltsausschuss herrscht Uneinigkeit: Hat Finanzminister Erwin Huber die Abgeordneten rechtzeitig und ordnungsgemäß über die Verluste der Bayerischen Landesbank informiert?*

*Auch die BayernLB muss hohe Belastungen aus der US-Hypothekenkrise hinnehmen.*

*Wir stellen die Standpunkte von CSU, SPD und Grünen vor.*

/Foto: dpa



## Stimmen der Fraktionen

### Engelbert Kupka (CSU):

Finanzminister Huber hat zur Situation der BayernLB im Bayerischen Landtag und im Haushaltsausschuss mehrfach berichtet. Dabei hat er auch auf mögliche erhebliche Verluste und Vorsorgebedarf hingewiesen. Selbstverständlich haben der Landtag wie auch die Öffentlichkeit einen berechtigten Informationsanspruch. Man muss aber auch warten können, bis der Vorstand der Bank verlässliche Zahlen zur Veröffentlichung freigibt. Es wäre unverantwortlich gegenüber der BayernLB und dem Finanzplatz München, in der Öffentlichkeit nicht belastbare Zahlen oder Schätzungen zu nennen, die dann vom Vorstand der Bank unter Umständen korrigiert werden müssen. Für die Zukunft wurden Maßnahmen ergriffen, die eine Information der Öffentlichkeit und des Landtags über die aktuelle Geschäftsentwicklung der BayernLB zuverlässig gewährleisten. *Erstens:* Auf Initiative des Verwaltungsrats wird der Vorstand der BayernLB künftig entsprechend den internationalen Gepflogenheiten quartalsweise über die aktuelle Geschäftsentwicklung informieren, erstmals also für das erste Quartal 2008. *Zweitens:* Die BayernLB wird bereits Anfang April 2008 und damit früher als bisher vorgesehen auf Basis des von den Wirtschaftsprüfern testierten Jahresabschlusses ihre Zahlen für das Geschäftsjahr 2007 veröffentlichen.

### Werner Schieder (SPD):

*1. Information statt Desinformation:* Monatelang betrieb Finanzminister Huber gegenüber dem Landtag Irreführung und Desinformation. Obwohl er wöchentlich über die Verluste der BayernLB unterrichtet wurde (am 4. Dezember 2007 waren es 1,44 Milliarden, am 6. Februar 2008 schon 1,89 Milliarden), gab er sich noch am 12. Februar 2008 im Haushaltsausschuss unwissend. Erst am 14. Februar 2008 informierte er den Landtag. *2. Krisenmanagement statt Staunen:* 1,9 Milliarden Euro wurden bisher verzockt. Das Unheil zeichnete sich bereits seit März 2007 ab. Statt die Krise zu managen, nahm die Staatsregierung die wachsenden Verluste nur klammheimlich staunend zur Kenntnis. Der Kernfehler: Sie hätte der BayernLB den Einstieg in die hochriskante Spekulation von Anfang an untersagen müssen. *3. Geschäftsmodell statt feige Flucht:* Die BayernLB hat einen bedeutsamen öffentlichen Auftrag. Der steht im Landesbankgesetz. Auf diesem Fundament fordern wir ein Geschäftsmodell. Hubers kopflose Verkaufspläne sind nichts als Flucht vor der eigenen Verantwortung.

### Eike Hallitzky (Grüne):

Die Mitglieder der Staatsregierung sind zur Information gegenüber dem Parlament verpflichtet. Sie handeln in eigener Verantwortung gegenüber dem Landtag. Finanzminister Huber ist dieser Verpflichtung in den vergangenen Wochen nicht nachgekommen. Er hat sich mehr wie ein Sprecher der Landesbank verhalten und Absprachen mit dem Vorstand der Landesbank über das Informationsrecht eines Verfassungsorgans, des Landtags, gestellt.

Daraus ergeben sich folgende Konsequenzen: *Erstens* braucht Bayern einen neuen Finanzminister, der seinen Pflichten nachkommt. *Zweitens* braucht die BayernLB ein verbessertes Risikomanagement, das sich weniger auf die Bewertungen von Rating-Agenturen verlässt.

*Drittens* braucht die BayernLB ein neues Geschäftsmodell, das sich an ihren Kernaufgaben orientiert: Kommunalbank und Sparkassenzentralbank, um die Wertpapierrisiken, die sie in den vergangenen Jahren eingegangen ist, auszuschließen.

Und *viertens* sollte nach Abarbeitung der ersten drei Punkte die Zahl der Landesbanken in Deutschland durch Fusionen reduziert werden.

# Nachtragshaushalt 2008

## Mehrausgaben in Höhe von 2,6 Milliarden Euro geplant

*Ganze 2,6 Milliarden Euro mehr kann Bayern dank höherer Steuereinnahmen im Nachtragshaushalt 2008 ausgeben, so dass der 2006 beschlossene Doppelhaushalt auf 39 Milliarden anwächst. Im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen debattierten die Abgeordneten über den Entwurf des Finanzministeriums.*

„Wir investieren, wir sorgen vor, wir tilgen“, lobt Finanzminister Erwin Huber die Mehrausgaben. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Manfred Ach (CSU), spricht von einer „ausgewogenen Schwerpunktsetzung“. Neben Impulsen für Schule und Hochschule investiere der Freistaat in die regionale Wirtschaft, in den Sozialbereich sowie in den ländlichen Raum. „Der Nachtrag 2008 ist der Startschuss für die Initiative „Zukunft Bayern 2020“, so Ach. Diese Initiative hatte der damalige Ministerpräsident Edmund Stoiber noch im Sommer 2007 im Landtag vorgestellt. Von 2008 bis 2011 sollen 1,7 Milliarden Euro mehr für Kinder, Bildung, Arbeitsplätze



*Dem seit 2006 milliardenschweren Boom bei den Steuereinnahmen verdankt der Freistaat ein solides Plus beim Nachtragshaushalt 2008.*

/ Foto: dpa

und Klimaschutz ausgegeben werden. 350 Millionen Euro fließen zum Beispiel in den Klimaschutz, 150 Millionen in die energetische Sanierung von staatlichen Gebäuden. Erstmals enthält der Haushaltsplan auch eine planmäßige Tilgung von Altschulden. Ach: „Zusammen mit der Schuldentilgung im letzten Jahr reduzieren wir unsere Altschulden um 500 Millionen Euro. Dies bringt uns dauerhaft Spielräume von 23 Millionen Euro pro Jahr, da wir hierdurch Kreditzinsen sparen.“ Für den Grünen-Abgeordneten Eike Hallitzky hingegen ist nicht alles im Nachtragshaushalt eitel Sonnenschein. Der Nachtragshaushalt sei

ein „Wahlhaushalt“. In keinem Bundesland seien Zeiten des Sparens und Zeiten der Mehrausgaben so zyklisch nach Wahlterminen ausgerichtet wie in Bayern. „Nirgendwo sonst setzt die Regierung so unverfroren darauf, dass die Wählerinnen und Wähler die Grausamkeiten nach der Wahl vergessen, wenn nur kurz vor der nächsten Wahl das Füllhorn ausgeschüttet wird“, so Hallitzky. Zum anderen repariere der Nachtrag 2008 nur, was zuvor jahrelang

versäumt worden sei. Erst habe Bayern im Bildungs- und Sozialbereich gekürzt, nun gebe der Freistaat wieder mehr Geld aus. Und daneben gibt es für Hallitzky „eine Fülle von einzelnen Kritikpunkten – von der Arabeske eines luxuriösen Austragsüberls für den Herrn Stoiber bis zur gnadenlosen Unterbesetzung der bayerischen Steuerverwaltung, die den Staatshaushalt bis zu einer Milliarde Euro kostet und zu Reisen nach Liechtenstein geradezu ermuntert.“ SPD-Finanzexperte Werner Schieder (SPD) nennt den Nachtrag 2008 eine „bescheidene Wiedergutmachung für das Streichkonzert der vergangenen

Jahre“. Schieder beklagt vor allem, dass die Investitionsquote Bayerns zu niedrig sei, vor allem bei den Hochschulen. „Der Freistaat ist viel zu schlecht darauf vorbereitet, dass der doppelte Abiturjahrgang 2011 vor den Toren der Unis steht“, schimpft Schieder. Im Übrigen tue die Staatsregierung zu wenig dagegen, dass Bayern beim Kinderbetreuungsangebot „Schlusslicht“ in Deutschland sei. Stattdessen stecke sie zwei Milliarden Euro in die 37 Kilometer kurze Transrapid-Strecke zwischen München-Hauptbahnhof und Flughafen. /der

### Nachtragshaushalt

Unter Nachtragshaushalt versteht man die nachträgliche Veränderung eines bereits vom Parlament beschlossenen Haushalts bei einer deutlichen Abweichung vom Haushaltsplan. Ein Nachtragshaushalt ist dann aufzustellen, wenn außer- oder überplanmäßige Ausgaben oder außerplanmäßige Einnahmen oder Mindereinnahmen absehbar sind. Er wird wie der originäre Haushaltsplan vom Finanzminister aufgestellt, vom Kabinett verabschiedet, vom Haushaltsausschuss beraten und vom Parlament beschlossen. /der

## G8: Überprüfung der Lehrpläne

### Bis Ende April sollen erste Ergebnisse vorliegen

*Als der seinerzeitige Ministerpräsident Edmund Stoiber nach der Landtagswahl 2003 völlig überraschend die Einführung des achtjährigen Gymnasiums (G8) verkündete, beschwichtigte er Kritiker, die vor einer Überforderung der Schüler warnten, mit dem Versprechen, die Lehrpläne spürbar zu entrümpeln. Tatsächlich sind die Lehrplanhefte heute dünner als damals, aber das liegt daran, dass für ihre Drucklegung eine kleinere Schrift verwendet wurde. So entzündet sich bis heute der Unmut von Eltern, Schülern, aber auch von so manchem Lehrer an der unverändert großen Stofffülle am G8. „Die überfrachteten Lehrpläne sind das Kernproblem des G8“, erklärt zum Beispiel Thomas Lillig, Vorsitzender der Landeselternvereinigung für die Gymnasien.*

Lange hat sich Kultusminister Siegfried Schneider gegen Einschnitte im Lehrplan gewehrt. Jetzt signalisiert er Bereitschaft, „nachzujustieren“. Den letzten Anstoß dazu gab wohl eine repräsentative Umfrage, wonach 69 Prozent der Bayern das G8 in seiner jetzigen Form für einen Irrweg halten. In einem Jahr mit zwei wichtigen Wahlen sind solche Werte ein Sprengsatz für die Regierenden. Schneider hat deshalb eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die bis Ende April erste Ergebnisse vorlegen soll: „Wir werden uns die Lehrpläne aller Fächer

noch einmal ansehen“, kündigt Schneider an. Nach gegenwärtigem Stand der Dinge wird in der 8. Klasse in Geschichte und Physik gekürzt, in Englisch eventuell bei der Vermittlung von Landeskunde und in Mathematik sollen in der Oberstufe Abstriche gemacht werden. Eine Grenze hat Schneider allerdings schon gesetzt: „Das Abitur muss seine Qualität behalten.“

#### Warnung vor einem „Abi light“

Genau aus diesem Grund ist auch der die Gymnasiallehrer vertretende Bayerische Philo-



logenverband (BPV) skeptisch, was Lehrplankürzungen angeht. Dort wird vor einem „G8 light“, vor einer Annäherung des G8-Niveaus an das der sechsstufigen Realschule (R6) und in der Folge vor einem „Abi light“ gewarnt. Der BPV-Vorsitzende Max Schmidt betont, dass Schulen Wissen schließlich nicht zum Selbstzweck vermitteln, sondern immer mit Blick auf die Anforderungen der Hochschulen. „Die allgemeine Studierfähigkeit ist aber mit weiteren Einschnitten in die Lehrpläne und die Studentafeln kaum noch zu gewährleisten“, erklärt Schmidt. Er fordert stattdessen mehr Ganztagesangebote.

Die Einführung von Ganztagesklassen und -schulen am G8 ist auch für die SPD im Landtag der richtige Weg. „Die Lehrpläne am

G8 müssen zwar kritisch überprüft werden, aber ihre Kürzung ist nur eine Notlösung, um die Belastung für die Schüler zu senken“, sagt der SPD-Bildungspolitiker Reinhold Strobl. Die Schüler bräuchten insgesamt mehr Zeit, mehr Förderung und mehr pädagogische Betreuung. Für die Bildungspolitikerin der Grünen, Simone Tolle, ist die angekündigte Lehrplanentschlackung längst überfällig. „Die Staatsregierung weiß seit 2004, dass die Kinder leiden, und hat sie, nur um den Preis des ‚Recht habens‘, weiterleiden lassen – das ist unmenschlich“, so Tolle.

#### Verzicht auf Spezialwissen und Details

CSU-Bildungssprecher Gerhard Waschler begrüßt die Initiative Schneiders. Die Überprüfung der Lehrpläne sollte nach seiner Ansicht aus fachlicher und methodischer Sicht erfolgen. „Maßgabe sollte sein, möglichst viel Spezialwissen und Details aus den Lehrplänen herauszunehmen, so dass sich diese noch mehr auf die Vermittlung von Grundwissen und Basiskompetenzen konzentrieren“, so Waschler. Damit könne die Belastung für die Gymnasiasten gesenkt werden und ihnen „mehr Zeit für Wiederholung und Vertiefung“ bleiben. */Jürgen Umlauf*



Ausschuss für kommunale Fragen und innere Sicherheit:

## Einsatz von Elektroschock-Pistolen

*Der Einsatz von Elektroschock-Pistolen durch die bayerische Polizei soll auf eine klarere gesetzliche Grundlage gestellt werden. Bislang sind die sogenannten „Taser“ (engl. sprich: teyser) zwar im Polizeiaufgabengesetz für Sondereinsatzkommandos zugelassen, es fehlen aber konkrete Anwendungsrichtlinien.*

Nach einem Bericht des Innenministeriums im Ausschuss für innere Sicherheit hat sich der Einsatz der Waffen bewährt. Zehn dieser Geräte gebe es bei der bayerischen Polizei, sieben Mal seien sie seit 2006 verwendet worden, so der zuständige Polizeidirektor Thomas Hampl.

Dabei sei die gewünschte Wirkung, nämlich die vorübergehende Reaktionsunfähigkeit des Angeschossenen, nur einmal nicht erreicht worden, vermutlich wegen zu dicker Kleidung des Straftäters.

### Stromschlag von bis zu 50 000 Volt

Die Taser verschießen eine Art Pfeil, der über dünne Drähte mit der Waffe verbunden ist. Die getroffene Person wird darüber einem Stromschlag von bis zu 50 000 Volt ausgesetzt, der sie etwa eine Minute bewegungsunfähig macht. Gedacht ist die Waffe als „Distanzmittel“, wenn der Einsatz von Pfefferspray nicht möglich ist oder ein Schusswaffengebrauch vermieden werden soll. Allerdings stehen die Geräte international in der Kritik, weil sie für Folterungen verwendet werden und tödlich wirken können.

In den USA soll es seit 2003 rund 300 Todesfälle im Zusammenhang mit einem Taser-Einsatz gegeben haben, bei kanadischen Sicherheitskräften sind seither 18 Todesfälle verbrieft. Das US-Justizministerium nimmt an, dass eine große Zahl der Todesfälle mit der durch den Taser-Einsatz ausgelösten Übersäuerung des Blutes erklärt werden kann. Offenbar sind die Taser vor allem für Men-

schen mit Herzerkrankungen lebensgefährlich. In jedem Fall erleidet der vom Taser Getroffene extreme Schmerzen, zudem kann es durch unkontrolliertes Stürzen zu schweren Sekundärverletzungen kommen.

In Bayern sei es bislang noch zu keinen Verletzungen oder gar Todesfällen gekommen, berichtete Hampl. Allerdings dürfe hier auch nur besonders geschultes Personal die Taser tragen. Es sei nicht vorgesehen, auch andere Polizeieinheiten oder gar Streifenpolizisten mit den Waffen auszurüsten. Verwendet werden dürfen die Taser nur gegen extrem gewalttätige Personen oder potenzielle Selbstmörder.

Die Opposition kritisierte im Ausschuss die unzureichenden gesetzlichen Grundlagen für den Taser-Einsatz. „Wir wollen, dass die Polizei ausschließlich mit erprobten Waffen arbeitet und die Menschen wissen, wann die Taser eingesetzt werden dürfen“, erklärte die Grünen-Abgeordnete Christine Kamm. Kamm kündigte einen Gesetzentwurf an, mit dem der



/Foto: dpa

Einsatz der Taser-Waffen in Bayern verboten werden soll. Nicht ganz so weit gehen wollte der SPD-Innenpolitiker Florian Ritter. Grundsätzlich habe er nichts gegen die Taser einzuwenden, doch müsse ihr Einsatz auf einer klaren gesetzlichen Grundlage erfolgen. Die Einsatzbedingungen müssten denen beim Gebrauch von Schusswaffen entsprechen. Als „problematisch“ erachtete Ritter den Taser-Einsatz gegen potenzielle Selbstmörder. CSU-Polizeisprecher Rudolf Peterke wertete den Probetrieb mit den Waffen als positiv. Die Taser hätten sich als geeignetes Mittel erwiesen, um einen Schusswaffeneinsatz zu vermeiden.

/Jürgen Umlauf

Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik:

## Kinderarmut in Bayern

*Jedes siebte Kind in Deutschland lebt in Armut. In Bayern ist die Armutsquote zwar insgesamt etwas niedriger, aber auch hier gibt es Städte, in denen die Armutsquote von Kindern bis zu 20 Prozent beträgt, so die Zahlen der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern, LAGFW. Das Thema stand im Mittelpunkt der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik. Kinderarmut wird übereinstimmend als gesellschaftspolitischer Skandal empfunden. Bei deren Bekämpfung bzw. Prävention verfolgen die Fraktionen allerdings unterschiedliche Lösungsansätze.*

Im Freistaat leben ca. 160 000 Kinder an oder unter der Armutsgrenze, wie der Ausschussvorsitzende Joachim Wahnschaffe (SPD) ausführte. Dabei stelle sich Kinderarmut nicht nur als materielle Not dar, sondern als eine komplexe Mischform von ökonomischer, kultureller und sozialer Armut. Ungleiche Bildungschancen bei Kindern und Jugendlichen würden das Armutsrisiko weiter verschärfen.

### **SPD: „Sofortprogramm auf Landesebene“**

„Es besteht dringender Handlungsbedarf“, appellierte Wahnschaffe. Nicht nur die Kommunen und der Bund, auch das Land seien aufgefordert, hier einen Beitrag zu

leisten: „Wir wollen auf Landesebene ein Sofortprogramm gegen Kinderarmut, das die Wohlfahrtsverbände bei bereits bestehenden Projekten unterstützt“, so Wahnschaffe, der in diesem Zusammenhang auf die Steuermeinnahmen des Freistaates verwies. In einem Antragspaket forderte die SPD-Fraktion ein Bündel konkreter Maßnahmen, darunter die Bestellung eines/einer Kinderbeauftragten für den Freistaat, die schrittweise Entlastung der Eltern von Kindergartenbeiträgen, den Ausbau von Familien- und Erziehungsberatungsstellen sowie die flächendeckende Einrichtung von Jugendsozialarbeit an öffentlichen Schulen.

### **CSU: „Die Eltern stark machen“**

Die CSU-Mehrheitsfraktion schloss sich diesem Antragspaket der SPD nicht an, sondern hatte einen eigenen Antrag zur Armutsprävention von Familien formuliert: „Unsere Ablehnung ist kein parteipolitisches Ritual, sondern Ausdruck eines anderen Ansatzes“, führte Hermann Imhof (CSU) aus. So plädiert die CSU-Fraktion u.a. für die Anhebung des Kindergeldes sowie der Kinderfreibeträge, für den Ausbau der Plätze in Kindertageseinrichtungen und Tagespflege entsprechend den Maßgaben des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes sowie für die Einführung eines Betreuungsgeldes ab dem Jahr 2013. Imhof unterstrich, dass es das Anliegen der CSU-Fraktion sei, die elterliche Erziehungskompetenz zu stärken: „Wir wollen die Eltern stark machen.“ Ein wichtiger Aspekt hierbei sei auch, dass durch eine gute Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik hochwertige Arbeitsplätze sichergestellt würden. Die bereits beschlossene Anhebung der Einkommensgrenzen beim Landeserziehungsgeld werde einen weiteren Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten. Den Forderungen der SPD nach einem Kinderbeauftragten erteilte der stellvertretende Ausschussvorsitzende Joachim Unterländer (CSU) eine Absage: „Dort, wo es

eine solche Institution gibt, ist die Situation nicht besser, sondern schlechter als im Freistaat.“ Bezüglich der von der SPD eingebrachten Entlastung bei den Kindergartenbeiträgen führte Renate Dodel (CSU) aus, dass diese Beiträge bei Bedarf die öffentliche Hand über die Jugendhilfe übernehme – ein Angebot, das aber noch besser bekanntgemacht werden müsse.

### **Grüne: „Schaffung einer Infrastruktur“**

Grünen-Sozialpolitikerin Renate Ackermann sah demgegenüber staatliche Transferleistungen als nicht wirksames Mittel an: „Wir wollen eine Kindergrundsicherung, die Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern unterstützt.“ Auch das von der CSU geforderte Betreuungsgeld sei kontraproduktiv, denn es verleite sozial schwache Familien dazu, ihr Kind nicht in eine Bildungseinrichtung zu geben und stattdessen das Geld zu nehmen. Dieses Geld komme aber nicht zwingend bei den Kindern an. Wichtigstes Instrument zur Bekämpfung der Kinderarmut ist aus Sicht ihrer Fraktion der zügige Ausbau der Kinderbildungs- und Betreuungsangebote: „Die Schaffung einer Infrastruktur für Kinder sorgt für Chancengleichheit und hilft Familien und Kindern, ihr Leben zu meistern.“

*/Katja Helmö*

Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie:

## Besuch des Cluster-Standorts Oberpfaffenhofen

*Raumfahrt, Satellitennavigation, Robotik: In Oberpfaffenhofen bauen Wissenschaft und Industrie an der Zukunft. Vor Ort haben sich jetzt die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses von der Bedeutung der Luft- und Raumfahrtindustrie für den Freistaat überzeugt.*

„Luft- und Raumfahrt“ sowie „Satellitennavigation“ sind zwei von insgesamt neunzehn Clustern, welche die Staatsregierung fördert (siehe „Cluster-Offensive“ Bayern). „Wir wollen die Potenziale von Wissenschaft und Wirtschaft zusammenführen und so die Innovations- und Entwicklungsdynamik erhöhen“, erklärte Clustersprecher Martin Haunschild in seinem Gespräch mit den Ausschussmitglie-

dern und verwies dabei auf die in Oberpfaffenhofen angesiedelte „bavAIRia“ e.V., mit der nicht nur eine Marke, sondern auch eine Plattform zur Förderung von Projekten auf dem Gebiet der Luft- und Raumfahrtindustrie in ganz Bayern geschaffen worden sei. [➔ MEHR](#)

Das Gelände in Oberpfaffenhofen ist Sitz zahlreicher Firmen und Institute: Experten des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) kontrollieren von hier aus das am 7. Februar an Bord der Raumfähre Atlantis gestartete Raumlabor Columbus. [➔ MEHR](#) Wissenschaftler entwickeln am Standort die Roboter der Zukunft. Und auch das europäische Satellitennavigationssystem „Galileo“ erhält hier seine Kontrollstation, dessen Aufbau nach erheblichen Finanzierungsunsicherheiten nun EU-Gelder sichern (siehe [Kasten Galileo](#)).

### Schlüsseltechnologie „Mechatronik“

Bei ihrem Besuch in Oberpfaffenhofen stand neben dem Besuch der Galileo-Baustelle auch ein Gespräch mit Gerhard Hirzinger, Leiter des zur DLR gehörenden Instituts für Robotik und Mechatronik, auf dem Programm. „Mechatronik“ heißt hier die Schlüsseltechnologie, unter der die Einzelbereiche Optik, Elektronik und Informatik „zur Schaffung intelligenter

Mechanismen“ zusammengefasst sind. Sein Vortrag entführte die Ausschussmitglieder in eine aufregende Zukunft: Da seien, so Hirzinger, Autos zu entwickeln, „die sich weigern, einen Unfall zu bauen“ und „Flugzeuge, die nicht nur automatisch fliegen, sondern auch automatisch starten.“ Auf dem Gebiet der

Chirurgie würden Roboter entwickelt, die den Menschen am schlagenden Herz operieren könnten. In der Raumfahrt würden Roboter benötigt, die man – in Ergänzung zur bemannten Raumfahrt – ins Weltall schicken könne, um Satelliten kostengünstig zu warten. Und natürlich bräuchte man auch



Die Mitglieder des Ausschusses in Oberpfaffenhofen vor dem Modell des europäischen Weltraumlabor „Columbus“.

/Foto: Goetsch



Das Deutsche Luft- und Raumfahrtzentrum in Oberpfaffenhofen. */Foto: dpa*

Roboter, die den Menschen „hier unten“ hilfreich zur Seite stünden – in der industriellen Fertigung oder in der Altenpflege. Derzeit, so Hirzinger, arbeiteten die Forscher daran, Arme und Hände zu entwickeln, deren Leistungsfähigkeit der menschlichen entspricht. Weich müssten die Bewegungen sein, nachgiebig,

ungefährlich für den Menschen, der mit Robotern hantiert. Er präsentierte den Ausschussmitgliedern die Videoaufnahme eines in Oberpfaffenhofen entwickelten Soft-Roboters, der geknnt einen Deckel abschraubt und Pulver ins Glas klopft. „Riesenmärkte“ sieht Hirzinger da erblühen. Allerdings sei die DLR sehr stark auf Fremdfinanzierung angewiesen. Kein Wunder, dass er sich von der bayerischen Politik auch künftig finanzielle Fördermittel erhofft.

Ausschussvorsitzender Franz-Josef Pschierer (CSU) sah denn auch das Oberpfaffenhofener Zentrum als „Beispiel für eine erfolgreiche Cluster-Politik“. Gerade die Robotik gelte es zu fördern und zu unterstützen. Die öffentliche Hand werde „weiterhin im Boot bleiben müssen“. Darüber hinaus sei er darin bestärkt worden, dass die DLR den Flughafen, der in der Bevölkerung umstritten ist, zu Forschungszwecken dringend benötige. Die Angst davor, dieser Flughafen werde sich der allgemeinen Luftfahrt öffnen, sei „völlig unbegründet“.

Begeisterung zeigte auch Hildegard Kronawitter (SPD). „Aufregend“ finde sie den Besuch bei Unternehmen, deren Forschung bald in die Produktion übergehe. Fruchtbrendend sei die Mechatronik für die Wirtschaft. Sie begrüßte, dass im Nachtragshaushalt eine Aufstockung

der Gelder für Cluster geplant sei, warnte allerdings: „Clusterbildung darf nicht zur Leuchtturmpolitik verkommen.“ Um dies zu verhindern, sei verstärkt die Regionalpolitik gefordert.

Für die Grünen erklärte Christian Magerl, das Thema Mechatronik sei „hochspannend“; vor allem die Anwendung in der Medizin habe ihn überzeugt. Auch er erinnerte daran, dass Clusterbildung nicht dazu führen dürfe, dass Innovationen des Mittelstands „durchs Raster fallen“. Anders als seinen Kollegen erschließt

sich Magerl „nicht die Notwendigkeit eines eigenen europäischen Satellitennavigationssystems, vor allem seit Anfang 2007 die Industrie ausgestiegen ist.“ Demnächst wird „Galileo“ den Grund für einen erneuten Besuch in Oberpfaffenhofen liefern: Im Frühjahr wird das neue Kontrollzentrum des Navigationssystems fertiggestellt. Noch ist Galileo nur eine Baustelle. Aber man kann bereits sehen, dass das entstehende Gebäude einem anderen des Architekten Axel Schulte sehr ähnlich sieht: dem Bundeskanzleramt.

*/ Monika Goetsch*

## Navigationssystem Galileo

Galileo heißt das noch im Aufbau befindliche europäische Satellitennavigationssystem, das nur zivilen und nicht militärischen Zwecken dient. Geplant war, die Industrie für die Finanzierung des Aufbaus von Galileo zu gewinnen. Da dies nicht gelang, wird das politisch umstrittene Projekt nun im Auftrag der Europäischen Kommission aus EU-Mitteln finanziert und von der europäischen Raumfahrtagentur ESA gebaut. Es soll weltweit Daten liefern, die der genauen Positionsbestimmung dienen. In Oberpfaffenhofen entsteht derzeit eines von voraussichtlich drei gleichberechtigten Kontrollzentren.



## Cluster-Offensive Bayern

Seit rund zwei Jahren fördert die Staatsregierung im Rahmen ihrer „Cluster-Offensive Bayern“ den Auf- und Ausbau von 19 „Clustern“. 50 Millionen Euro stellt der Freistaat in fünf Jahren für den Auf- und Ausbau dieser Netzwerkbildungen zwischen Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen, Dienstleistern und Kapitalgebern zur Verfügung. Die Regierung will so die Innovationsfähigkeit der Forschung stärken, die Produktivität von Unternehmen erhöhen und die Standortbindung unterstützen. Es gibt Cluster wie z.B. für „Biotechnologie“ und „Medizintechnik“ ebenso wie Cluster für Ernährung und Holzverarbeitung



## Landwirtschaftsausschuss: Genmaisverbot abgelehnt

Die Grünen wollen den Anbau der Genmaissorte MON 810 in Deutschland verbieten lassen. Ihr Dringlichkeitsantrag wurde im Landwirtschaftsausschuss mit 8:7 Stimmen knapp abgelehnt. Drei CSU-Abgeordnete hatten sich auf die Seite der Grünen geschlagen. Darunter ihr Mitberichterstatte Jürgen Ströbel, Vizepräsident des Bayerischen Bauernverbands.

Adi Sprinkart hatte den Antrag u.a. damit begründet, dass die Pollen des genmanipulierten Mais, der den Schädling Maiszundler abhalten soll, negative Folgen unter anderem auch für den Schmetterling hat. Dazu habe die Herstellerfirma Monsanto einen nur unzu-

reichenden Plan zur Umweltbeobachtung vorgelegt. Deshalb habe schon Frankreich den Anbau von MON 810 untersagt.

Ausschussvorsitzender Helmut Brunner (CSU) wies darauf hin, dass schon Bundesagrarminister Horst Seehofer versucht habe, den Vertrieb des Saatguts zu verhindern. Dies scheitere jedoch an EU-Recht. Falls sich jedoch Frankreich mit seinem Vorstoß durchsetze, müsse das auch für Deutschland gelten. Solange empfehle die CSU den Bauern, gentechnisch veränderte Pflanzen nicht anzubauen. Die CSU hatte zum Thema einen eigenen Antrag eingebracht mit dem Ziel, mehr Transparenz im Zulassungsverfahren der EU zu schaffen. /fu



Die CSU-Fraktion lehnt ein Genmaisverbot vorerst ab, rät aber auch vom Anbau ab.

/Foto: dpa

## Forschungsausschuss:

### „Bibliothek der verbrannten Bücher“

Georg Salzmanns „Bibliothek der verbrannten Bücher“ wird, sofern der Ankaufspreis für beide Seiten stimmt, in Bayern bleiben. Die Stiftung Reichsparteitagsgelände Nürnberg und die Universität Augsburg bemühen sich intensiv um diese weltweit einmalige, rund 10 000 Bände umfassende Privatsammlung.

Über ein halbes Jahrhundert lang hat der in Grämfelfing wohnende Salzmann Bücher zusammengetragen, darunter viele wertvolle und zum Teil handsignierte Erstausgaben. Entstanden ist eine einzigartige Sammlung jener Werke, die von den Nationalsozialisten 1933 verbrannt wurden. Jetzt will er sein Archiv abgeben und sucht einen öffentlichen Träger für sein Lebenswerk, damit es der Nachwelt erhalten bleibt.

Peter März von der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit informierte den Forschungsausschuss über den derzeitigen Stand des Ankaufs und der Unterbringung der Sammlung Salzmann. Der Nürnberger Stadtrat habe großes Interesse am Bestand bekundet und angeboten, die Sammlung im Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände unterzubringen. Während ein Großteil der Ausschussmitglieder Nürnberg favorisiert, sieht Ausschusschef Ludwig Spaenle (CSU) eher Augsburg, das ebenfalls großes Interesse an der Salzmann-Bibliothek hat, als geeigneten Unterbringungsort.

/fhh

## Landwirtschaftsausschuss:

### Haustiere vor Jägern schützen

Zum besseren Schutz von Hunden und Katzen vor dem Abschuss durch Jäger haben die Grünen erneut eine Novelle des bayerischen Jagdgesetzes eingebracht. Nach Angaben der Grünen-Abgeordneten Barbara Rütting summiert sich die Zahl der bundesweit jährlich abgeschossenen Hunde auf 40 000, die der Hauskatzen auf 300 000. „Diese Tiere sind Spielgefährten von Kindern und Lebensgefährten von alten Menschen“, mahnte Rütting. Die Grünen wollen die bestehenden Regelungen zum Abschuss von Haustieren einschränken. Demnach soll das Töten frei laufender Hunde nur zulässig sein, „wenn sie unmittelbar beim Wildern oder Reißen von Wild angetroffen werden“. Katzen gelten demnach erst dann als verwildert, wenn sie herrenlos in mehr als 1000 Meter Entfernung vom nächsten Wohngebäude angetroffen werden. Der CSU-Abgeordnete und Präsident des Bayerischen Jagdverbands, Jürgen Vocke, lehnte die Novelle ab. Er verwies auf das geltende Jagdschutzgesetz, in dem der Abschuss von Katzen innerhalb einer 300-Meter-Zone um bewohntes Gebiet untersagt sei. Das Töten von Hunden sei nur erlaubt, wenn diese Wild nachstellten.

Der Gesetzentwurf wurde an den Agrarausschuss überwiesen. Für die SPD kündigte Ludwig Wörner Stimmenthaltung an. Derzeit liefen „gute Gespräche“ zwischen Tierschutzbund und Jagdverband. Man solle deren Ergebnisse abwarten. /jum

## „Der Landtag sind wir!“

### Planspiel vermittelt Jugendlichen die Arbeit der Abgeordneten im Parlament

*Wie Politik in der parlamentarischen Praxis abläuft, lernen bayerische Schüler seit zwei Jahren im Planspiel „Der Landtag sind wir!“. Für viele eine beeindruckende Erfahrung.*



Am Original-Rednerpult im Plenarsaal konnten die Schüler sich ausprobieren. /Fotos: Peters, Poss

„Im Fernsehen kommen mir die Abgeordneten manchmal irgendwie inkompetent vor, jetzt weiß ich, wie schwer ihre Arbeit ist.“ Mit diesem Fazit kehrt die 16-jährige Nadine aus dem Maximilianeum wieder in ihre Heimatstadt Bayreuth zurück. Die Schülerin des dortigen wirtschaftswissenschaftlichen Gymnasiums hat mit ihren 50 Mitschülern einen Vormittag lang den parlamentarischen Alltag miterlebt und am eigenen Leib gespürt, wie viel Sachkompetenz, Argumentationskunst und Kompromissfähigkeit dabei gefordert sind.

#### Roter Faden: Weg der Gesetzgebung

Als Angehöriger einer Fraktion (per Zufallsverfahren) und mit einem neuen Namen versehen, begleitete jeder Schüler den Weg eines Gesetzes vom Entwurf bis zur endgültigen Verabschiedung durch das Parlament. Im Falle der Bayreuther Oberschüler ging es um die Video-Überwachung in bayerischen Innenstädten zur Verbesserung der Sicherheit und Ordnung. Seit zwei Jahren besteht dieses Angebot des Bayerischen Landtags. Unter dem Titel „Der Landtag sind wir!“ haben bereits mehr als 80 Schulen von dem Planspiel profitiert, das die Forschungsgruppe Jugend und Europa des Centrums für angewandte Politikforschung



Ob im Plenarsaal oder im eigenen Klassenzimmer: Politik hat viel mit Kommunikation zu tun.

(CAP) im Auftrag des Landtags entwickelt hat. „Die Schüler“, so Michael Schmitt, stellvertretender Leiter des Referats Öffentlichkeitsarbeit und Besucherdienst, „sollen mehr über die Institution und deren Abläufe erfahren.“ Und da will der Landtag ihnen mehr bieten als eine Hausführung durch das Maximilianeum. Bis zur nächsten Landtagswahl sollen Schulen aller Stimmkreise die Gelegenheit bekommen, entweder nach München ins Parlament zu fahren oder das Planspiel an ihrer eigenen Schule zu erleben. So wie die Friedrich-Ebert-Hauptschule in Augsburg, deren Schulleiterin Alexandra Brumann sich freute, „das richtige Leben in die Schule zu bekommen. Davon werden die



Schüler noch ihren Enkeln erzählen“, ist die Pädagogin überzeugt. Den Hauptschülern von zwei achten Klassen fiel es zunächst nicht leicht, sich in ihre Rollen als Parlamentarier zu versetzen. Das Planspiel-Konzept sieht keine Unterrichtsvorbereitung vor. „Die Schüler lernen während des Spiels, alle sind auf einem Level“, so Doerthe Winter-Berke vom CAP.

Auch die Friedrich-Ebert-Schule hatte das Thema „Video-Überwachung“, eines von drei möglichen Themen, ausgewählt. Nachdem jeder Schüler einer Fraktion zugeteilt worden war, machten sich die Jungen und Mädchen in ihrer jeweiligen politischen Gruppierung Gedanken zum Thema Überwachung des öffentlichen

## Begegnung mit „echten“ Parlamentariern



/Fotos: Poss, Peters

Raums. Und sogleich wurde der Gesetzentwurf verworfen: Die CSU vertrat die Meinung, dass nicht die Innenstädte, sondern eher abgelegene Orte überwacht werden sollten. Die Grünen wollten „mehr Wachleute statt Kameras“, und die SPD „von jedem ein bisschen“. Es blieb den ganzen Vormittag kontrovers.

### Kontroverse Diskurse am Pult

Auf diese Weise hatten die Schüler ausreichend Gelegenheit, den Diskurs zu üben und ihre Standpunkte an einem Pult vor ihren Mitschülern darzulegen. Am Ende sah der von den jungen „Abgeordneten“ selbst modifizierte Gesetzentwurf vor, der Video-Überwachung zuzustimmen – mit sofortiger Wirkung bei einer verkürzten Speicherzeit der Videobänder. Als es dann aber zur Abstimmung ging, wollte niemand dem Gesetz seine Stimme geben. Großes Gelächter bei den Erwachsenen. „Das



habe ich noch nie erlebt“, grinst Doerthe Winter vom Centrum für angewandte Politikforschung. Auch wenn sich die 14-Jährigen in den Fraktionen, in den Ausschüssen und im Plenum zum Teil etwas schwer taten, hatten sie sichtlich Spaß an der Sache. „Ich finde es gut, sich in die Politiker-Rolle hineinzusetzen und mit den anderen zu diskutieren“, meinte Paul. Und Ezra pflichtete bei: „Ich interessiere mich jetzt mehr für Politik und weiß nun, wie viel Arbeit dahinter steckt.“

Höhepunkt dieses Vormittags war der Besuch dreier „echter“ Parlamentarier – ein fester Bestandteil des Planspiels. Linus Förster, jugendpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, ist ein großer Fan des Projekts. „Eine super Möglichkeit. Normalerweise ist Politik den Schülern noch sehr fern.“ Auch Johannes Hintersberger (CSU) meinte: „Hier können sich die Schüler



in unsere Arbeit hineindenken und sich mehr damit identifizieren.“ Als Dritte im Bunde stellte sich Christine Kamm von den Grünen den Fragen der Schüler. Diese wollten wissen, welche Partei den meisten Einfluss habe, wie man überhaupt Politiker wird und was ein Politiker macht, wenn er nicht mehr gewählt würde.

Das Projekt, das 2005 initiiert wurde und seit 2006 in der Praxis läuft, wird ständig überprüft und überarbeitet: Derzeit wird etwa darüber nachgedacht, die Unterlagen der Schüler noch besser an deren jeweiliges Lernniveau anzupassen. Denn der Vormittag an der Friedrich-Ebert-Hauptschule hat gezeigt: Die meisten der 14-jährigen Hauptschüler können mit Politik noch nicht so viel anfangen. Trotzdem sah Lehrer Gerhard Frauenknecht das Experiment positiv. „Es ist das generelle Dilemma der Schule. Das Planspiel kann nur ein Angebot an die Schüler

sein. Diejenigen, die etwas davon mitnehmen wollen, haben die Chance. Die anderen wird man nicht erreichen.“

Voll bei der Sache waren hingegen die etwa 50 Schüler des Frobenius-Gymnasiums in Hammelburg, die das Planspiel in den authentischen Räumlichkeiten des Maximilianeums erproben konnten. Als Zehntklässer waren sie immerhin auch zwei Jahre älter als die Augsburgener Schüler. Sie führten fast professionelle Debatten zum Thema „Speicherung der Personaldaten bei Käufern von Gewaltvideos“ – inklusive großer Gesten im Plenum. Beifall der eigenen Fraktion und die obligatorischen Zwischenrufe der Opposition machten für die jeweiligen Redner den Plenarbetrieb lebendig.

Wie bei jedem Besuch im Landtag fragte am Ende des lehrreichen Vormittags Michael Schmitt die Präferenzen für das gemeinsame Mittagessen ab. Bei der „Schnitzelfrage“ gab es maximale Aufmerksamkeit und geschlossene Zustimmung der Jungparlamentarier – fraktionsübergreifend, versteht sich. „Einhundertprozentig weiterempfehlen“ wird Michael Schmitt das Planspiel auch für die nächste Legislaturperiode. Für ihn hat sich das Konzept bewährt, und er hofft, das Projekt nach der Landtagswahl im Herbst fortführen zu können.

[➔ MEHR](#) [➔ MEHR](#)

/Gabi Peters

## Unterfranken – Wo Grenzen überschritten werden

*Berge, Seen, Flüsse, Wälder – Bayern ist ein schönes Land. Bayern ist aber auch reich an Geschichte und kultureller Vielfalt. In der neuen Serie „Typisch Bayern“ wirft „Maximilianeum“ einen Blick auf die Lebensweise, die Bräuche und die Mentalität der Menschen in den einzelnen Bezirken. Im Mittelpunkt dieser Ausgabe steht Unterfranken.*

Unterfranken ist Grenzland. Deswegen sind Landschaft, Sprache und Architektur in diesem nordwestlichsten bayerischen Bezirk so vielfältig. Und die Menschen, die hier leben, sind so offen wie die sie umgebenden Grenzen. Ihre Eigenarten und ihre kulturellen Besonder-

heiten haben sie dennoch nie verloren. Die unterfränkischen Grenzüberschreitungen sind auch der Landschaft geschuldet. Der Spessart, ganz im Westen des Bezirks, gehört zu drei Vierteln zu Bayern und zu einem Viertel zu Hessen. Das Klischee vom bettel-

armen Waldgebirge, in dem wilde Räuber hausen, führt dabei in die Irre. Der Spessart mit seinen langgezogenen Straßendörfern und geschichtsträchtigen Städten wie Aschaffenburg, Lohr am Main, Miltenberg und Wertheim war seit jeher eine blühende Kulturlandschaft. Heute ist der Spessart touristisch erschlossen und genießt als Erholungsgebiet einen exzellenten Ruf. Erholung und Linderung von allerlei Beschwerden bietet in Unterfranken eine opulente Reihe attraktiver Heilbäder. Der Bezirk ist ein Bäderland: Bad Kissingen, Bad Bocklet, Bad Brückenau, Bad Neustadt und Bad Königshofen sind weit über die Grenzen hinaus bekannt und locken Gäste aus der ganzen Bundesrepublik an. Legendär ist vor allem Bad Kissingen, in dessen Gästelisten alle vertreten sind, die im Europa des 19. Jahrhunderts Rang und Namen hatten. Hier traf

sich Märchenkönig Ludwig II. mit der ebenso märchenhaften Sisi, hier empfing Bismarck, der „Eiserne Kanzler“, seine Staatsgäste, und hier suchten Theodor Fontane, Gioacchino Rossini und George Bernard Shaw Ruhe und Entspannung.

### In den Bergen der Rhön: Wilde Landschaft, würzige Luft

Ganz anders die Atmosphäre in den Bergen der Rhön im Norden Unterfrankens: „Land der offenen Fernen“ nennt man dieses vulkanisch geformte Mittelgebirge. Weit schweift hier der Blick über Bergkuppen und sanfte Hänge. Und die Menschen, die hier leben, schwören Stein und Bein, dass nirgendwo sonst der Wind so anregend und die Luft so würzig ist. Bayern, Thüringen und Hessen teilen sich diese wilde Landschaft.





## Essay von Birgit Speckle, Bezirk Unterfranken

Auf den Kreuzberg in der Rhön pilgern alljährlich Heerscharen von Wallfahrern. Dutzende von Wallfahrtsorten und ungezählte Bildstöcke und Wegzeichen sowie die vielen Klöster zeigen, dass in Unterfranken der Glaube aktiv gelebt

die sogenannte Zonengrenze. Sie veränderte das Leben der Bewohner in der Rhön und im Grabfeld im Osten des Bezirks dramatisch. Sie schnitt die komplette Region von Thüringen ab. Straßen und Eisenbahnlinien endeten hier

wochen fast gänzlich zerstört, wurde die Stadt nach den historischen Plänen und Abbildungen wieder aufgebaut. Heute präsentiert sich die unterfränkische Metropole mit ihren Baudenkmalern, dem Dom, den zahlreichen Kirchen, der Alten Mainbrücke und der Marienfestung hoch über dem Flussufer als quirlige Studenten-Stadt, als wichtiges Verwaltungszentrum und nicht zuletzt als spektakuläres Reiseziel für Touristen aus aller Welt.

haben im ganzen Bezirk Konjunktur. Doch es gibt auch Anlass zur Sorge: Immer mehr Gebäude auf dem flachen Land stehen leer. Gerade junge Menschen zieht es in die Städte, und zurück bleiben einsame Dörfer. Da ist es gut, dass hoffnungsvolle Initiativen versuchen, traditionelle Ortskerne zu sanieren, leerstehende Häuser zu beleben und das öffentliche Leben zu reaktivieren und zu erhalten. Dennoch steigt die Zahl der Leerstände noch immer. Die Menschen in Unterfranken sind stolz auf ihre Geschichte und auf ihre Kultur – und sie setzen sich mit ihrer ganzen Tatkraft dafür ein. Die großen Tore, mit denen die Hofanlagen zur Straße hin traditionell abgegrenzt sind, werden häufig und gerne geöffnet: Für Gäste und für neue Ideen. [➔ MEHR](#)

### *Die Menschen, die hier leben, sind so offen wie die sie umgebenden Grenzen.*

wird. Die alten Trennlinien zwischen katholisch und evangelisch sind längst einer fruchtbaren Zusammenarbeit gewichen, und heute hat Unterfranken, einst die bayerische Gegend mit der höchsten Dichte jüdischer Bevölkerung, auch wieder eine jüdische Gemeinde. Die bekannteste und zugleich berüchtigtste Grenze Unterfrankens war vierzig Jahre lang

im Nichts, und nur der Ausdauer und dem Einfallsreichtum der Bewohner war es zu verdanken, dass sich dennoch Gewerbe ansiedelte und nach und nach sogar der Tourismus Einzug hielt. Zurück Richtung Süden, zu den Haßbergen und in den Steigerwald! Die Gegend ist von einer üppigen Fülle kleiner Burgen und Schlösser geprägt. Sie erinnern an eine Zeit, als die Gegend in zahlreiche Herrschaften zersplittert war. Bis hierher und noch weiter nach Oberfranken hinein reicht der architektonische Einfluss des legendären Barock-Baumeisters Balthasar Neumann. Eines seiner Glanzstücke hinterließ Neumann in Würzburg, im Zentrum Unterfrankens, in Gestalt der weltbekannten Residenz, die Napoleon spöttisch als „Europas größten Pfarrhof“ bezeichnete. Bei einem verheerenden Fliegerangriff in den letzten Kriegs-

Aber nicht nur die Fremden, auch die Einheimischen schätzen Unterfrankens Wirtshauskultur: In Unterfranken findet man noch an allen Ecken Gaststuben, in denen man es sich in gemütlicher Atmosphäre wohl sein lassen kann. Kein Wunder: Wein hat „Weinfranken“ in Hülle und Fülle zu bieten. Dazu kommen die Bierspezialitäten der zahlreichen Brauereien. Reich belohnt wird, wer Unterfrankens kleine Straßen befährt und sich in abgelegenen Dörfern auf die Suche nach Spezialitäten macht. Die Unterfranken sind stolz auf ihre Geschichte.

Rund 160 Museen zählt der Bezirk, von der kleinen Heimatstube bis hin zu großen Häusern mit überregionaler Bedeutung. Tracht, Volksmusik, Volkstanz und Wirtshaussingen




Dr. Birgit Speckle (geb. 1966) studierte Volkskunde in München. Seit 2002 arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin für Kulturarbeit und Heimatpflege beim Bezirk Unterfranken in Würzburg.

Interview:

## Denkmalpflege – so spannend wie ein Krimi

Schüler des Kaiser-Heinrich-Gymnasiums stellten im Bayerischen Landtag ihre Patenprojekte vor

*Unter dem Motto „Der Stein beginnt zu reden“ beschäftigen sich Schüler des Kaiser-Heinrich-Gymnasiums Bamberg intensiv mit steinernen Denkmälern und deren Geschichte in der Weltkulturerbe-Stadt. Im Rahmen von Patenschaften bringen sie durch zahlreiche Aktionen die Finanzmittel für dringend notwendige Restaurierungen auf. Die Projekte werden auch fächerübergreifend im Unterricht begleitet. Eine Ausstellung im Bayerischen Landtag stellte das Schülerprojekt im Februar vor. „Maximilianeum“ sprach bei der Eröffnung mit drei der denkmalbegeisterten Jugendlichen (v.l.): Janet Giehl, Leonhard Möckl und Eva-Maria Bottler. *



**Was ist so faszinierend an alten Denkmälern, an denen die meisten Passanten nur achtlos vorbeieilen?**

Wer stehen bleibt und sich mit den Denkmälern inhaltlich auseinandersetzt, begibt sich auf eine Art Entdeckungsreise. Man lernt viel dabei, taucht ein in eine andere Welt. Das ist mitunter so spannend wie ein Krimi, bei dem es viele Puzzleteile zu enträtseln gilt.

**Das Denkmal, für das Eure Schule jeweils eine Patenschaft übernommen hat, wird als übergreifendes Thema in den Unterricht integriert. Wie funktioniert das?**

So ein Denkmal hat viele Facetten. Die einzelnen Aspekte werden bei uns in unterschiedlichen Fächern beleuchtet – in Kunst, aber auch

in Geschichte, Musik, Chemie, Mathematik, Biologie oder Latein. Bei der Erforschung lateinischer Quellen sind wir auch schon mal auf einen grammatikalischen Fehler in der Inschrift gestoßen. Im Kunstunterricht haben wir aus verschiedenen Materialien den „Bamberger Reiter“ nachgebaut und anschließend den Einfluss der Witterung beobachtet. Methoden der Konservierung werden dann im Chemie-Unterricht behandelt. Wir nehmen aber auch Kontakt auf mit der Universität, der Staatsbibliothek, dem Stadtarchiv oder dem Landesamt für Denkmalpflege, um mehr zu erfahren. Und wir besuchen zu Studienzwecken Restauratoren, Architekten oder Werkstätten der Denkmalpflege.

**Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung mit Euren Patenprojekten seid Ihr inzwischen auch im Fundraising sehr erfolgreich. Wie mobilisiert Ihr Gelder für notwendige Restaurierungen?**

Wir veranstalten Konzerte, Theateraufführungen, Straßenfeste oder Tombolas, deren Erlös in die Projekte fließt. Wir nehmen auch Gelder ein, indem wir Broschüren, Autoaufkleber, Bastelbögen und andere Kleinigkeiten vertreiben. Und zunehmend können wir auch

Finanzmittel von außen akquirieren – durch Spenden oder Sponsoren.

**Auf diese Art und Weise sind mittlerweile 200 000 Euro für die Denkmalpflege zusammengekommen. Seid Ihr darauf stolz?**

Das ist das Schöne an den Projekten: Wir haben das Gefühl, tatsächlich etwas bewegen zu können. Verwitterte und in Vergessenheit geratene Denkmäler erwachen durch unser Engagement zu neuem Leben! Die Begeisterung dafür hat mittlerweile unsere ganze Schule infiziert. Und auch auf die Preise, die wir erhalten haben, sind wir stolz: 2007 haben wir unter 450 Bewerbungen einen Preis der „Woche der Umwelt“ gewonnen und waren Gast des Bundespräsidenten im Garten von Schloss Bellevue in Berlin.

**Wie schauen Eure beruflichen Pläne aus? Wollt Ihr nach dem Abitur jetzt alle Kunstgeschichte studieren?**

(Lachen). Nein, ganz was anderes. Wir möchten Psychologie (Janet Giehl) bzw. Chemie (Leonhard Möckl) studieren. (Anm. d. Red.: Eva-Maria Bottler, die 2007 ihr Abitur an der Schule gemacht hat, studiert Medizin). /kh

## Der Rathaus-Chef und sein „Maximilianeum“ Max Miller, dienstältester Bürgermeister Deutschlands, geht in Rente

*Besucher, die in Salgen im Unterallgäu nach dem Weg zum „Maximilianeum“ fragen, werden nicht etwa in die Landeshauptstadt zum Sitz des Bayerischen Landtags geleitet, sondern in den Johannesweg zum Rathaus der kleinen Gemeinde. Hier führt Bürgermeister Max Miller seit 42 Jahren die Amtsgeschäfte (übrigens deutlich länger als sein prominenter Namensvetter König Maximilian II. von Bayern, der es im Vergleich dazu auf nur 16 Regierungsjahre brachte). Der dienstälteste Rathaus-Chef Deutschlands geht zum 1. Mai in den Ruhestand. Nach all den Jahren fällt dem 86-Jährigen der Abschied von seinem „Maximilianeum“ nicht ganz leicht – er wird deshalb dort, auch wenn er den Bürgermeisterstuhl nun aufgibt, weiterhin ein festes Büro haben.*

Eigentlich war Max Miller nicht nur 42, sondern sogar 45 Jahre Oberhaupt der 1500 Einwohner zählenden Gemeinde bei Mindelheim. Nach dem Zweiten Weltkrieg, im Herbst 1945, hatte ihn die amerikanische Militärregierung als Bürgermeister für drei Jahre kommissarisch eingesetzt: „Ich war damals gerade einmal 24 Jahre jung“, erinnert sich der Sohn eines Landwirts, der im Krieg seine drei Brüder verloren hatte. Er selbst wurde bei einem Gefecht in Italien so schwer verletzt, dass ihm ein Bein amputiert werden musste.

Bei den Kommunalwahlen 1948 unterlag Max Miller als Bürgermeisterkandidat um vier Stimmen, worauf er trotz Behinderung den Hof seiner Eltern übernahm. Dass er sich nicht unterkriegen ließ, gerne auf die Leute zuging und immer für jeden da war, imponierte den Bürgern: Sie wählten ihn 1966 zu ihrem Bürgermeister. Seither ist er wiedergewählt worden: immer wieder – einmal sogar mit 98,5 Prozent der Stimmen. Der Max, wie ihn in Salgen alle nennen, kann gut zuhören und vermitteln. Er ist Mitglied

in allen 15 Vereinen der Gemeinde und er hat über mehr als vier Jahrzehnte in Salgen ein Stück Geschichte mitgeschrieben. In seine Amtszeit fiel die Gebietsreform. Unter seiner Regie wurden Ende der 70er Jahre die Trinkwasserversorgung und in den 80er Jahren die Abwasserentsorgung inklusive Bau einer Kläranlage realisiert. Kindergarten, Sport- und Vereinsheim, Ausweisung von Bebauungsgebieten, Feuerwehr und Hochwasserdamm waren weitere wichtige Projekte. Natürlich waren dabei häufig lange Verhandlungen und viel Überzeugungskraft notwendig. Aber Max Miller gelang es dank seiner ausgleichenden Art meistens, gute und einvernehmliche Lösungen zu finden. 2007 wurde im Johannes-

weg das neue Salgener Rathaus eingeweiht. Dass dieser Neubau – übrigens im 150. Jahr nach der Grundsteinlegung des Münchner Maximilianeums – nun ebenfalls den Namen „Maximilianeum“ trägt, ist eine Hommage an seinen Initiator, der auch Träger des Bayerischen Verdienstordens sowie des Bundesverdienstkreuzes ist. „Dieser Spitzname für mein Rathaus freut mich schon sehr“, sagt Max Miller. „Und auch dass ich mich als Ehrenamtlicher weiterhin im Maximilianeum werde nützlich machen können.“ /Katja Helmö

### Maximilian

Nach dem lateinischen Maximus bedeutet Maximilian „der Größte“. Der Vorname Maximilian basiert auf dem altrömischen Beinamen Maximillianus. Namenstag ist der 12. Oktober. Berühmte Vertreter des Namens sind Maximilian I. von Habsburg (1459 bis 1519), römisch-deutscher König und seit 1508 Kaiser des Heiligen Römischen Reiches sowie Maximilian II. Joseph (1811 bis 1864), der von 1848 bis 1864 als König Bayern regierte und ab 1857 das Maximilianeum, heute Sitz des Bayerischen Landtags, erbauen ließ.

[MEHR](#)



Bürgermeister Max Miller


/Foto: Puchner

## Besucher im Bayerischen Landtag



/Foto: Poss

### Rekord in 2007

Insgesamt blickten im Jahr 2007 mehr als 61 000 Besucherinnen und Besucher hinter die Kulissen des Maximilianeums – ein Rekord! Neben Gästegruppen, die auf Einladung der Abgeordneten oder des Landtagsamts das Hohe Haus besuchten, und neben vielen bayerischen Schulklassen, deren Einladung dem Parlament besonders am Herzen liegt, zählten dazu auch Medienvertreter, offizielle Gäste des Landtags – oft aus dem Ausland –, Lehrkräfte, Studenten und die vielen Besucherinnen und Besucher, die sich am Tag der offenen Tür im Juni einen Blick in „ihre“ Volksvertretung nicht entgehen lassen wollten.  /schmi

## Aktionstag der Verkehrswacht

„Sicher über 50“ – unter diesem Motto stand der Aktionstag der Landesverkehrswacht Bayern e.V. am 14. Februar im Bayerischen Landtag, der sich schwerpunktmäßig mit der Verkehrssicherheit älterer Verkehrsteilnehmer beschäftigte. Das Unfallrisiko für ältere Menschen im Straßenverkehr ist in den letzten Jahren insgesamt gestiegen, denn die „Älteren“ von heute sind mobiler und es gibt weit mehr Menschen relativ hohen Alters als früher. Altersbedingt erhöhen sich bestimmte Risikofaktoren: So lassen beispielsweise die körperliche Leistungsfähigkeit und sensorische Wahrnehmung (das Sehen und das Hören) nach.

Besucher der Veranstaltung im Foyer West konnten sich umfassend informieren. Seh- und Reaktionstests waren ebenso möglich wie die Erprobung eines Fahrsimulators fürs Spritsparen.



Eröffnet wurde der Aktionstag von Landtagsvizepräsidentin Barbara Stamm (im Bild am Fahrsimulator) zusammen mit Landesverkehrswacht-Vizepräsident Adolf Dinglreiter (Mitte). Ebenfalls auf dem Foto: MdL Eberhard Rotter (rechts).

/Foto: Poss

### Impressum

#### Herausgeber:

Bayerischer Landtag, Landtagsamt, Maximilianeum, 81627 München  
Der Bayerische Landtag bringt das Online-Magazin „Maximilianeum“ zehnmal jährlich in Kooperation mit der Bayerischen Staatszeitung, Herzog-Rudolf-Straße 1, 80539 München, Tel: 089/290142-11, heraus.

#### Redaktion:

Axel Stehle (V.i.S.d.P., Landtagsamt)  
Katja Helmö (Landtagsamt)  
Jan Karl Dermietzel (Bayerische Staatszeitung)

#### Anschrift:

Redaktion Maximilianeum Online  
Bayerischer Landtag, Landtagsamt Maximilianeum, 81627 München  
Telefon: 089/41 26-0, E-Mail: [maximilianeum-online@bayern.landtag.de](mailto:maximilianeum-online@bayern.landtag.de)  
**Grafik/Design:**  
Creation Club (CC) GmbH, Medienallee 19, 85774 Unterföhring

Alle veröffentlichten Bilder und Texte unterliegen dem Urheberrecht des Bayerischen Landtags bzw. der angegebenen Personen. Ein Download oder Ausdruck ist ausschließlich für den persönlichen Gebrauch gestattet. Alle darüber hinausgehenden Verwendungen, insbesondere die kommerzielle Nutzung und Verbreitung, sind grundsätzlich nicht gestattet und bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Bayerischen Landtags.

## Jubiläum

### 1200 Jahre Haidhausen: Feierlichkeiten eingeläutet

Die mächtige Kirche St. Johann Baptist und das Maximilianeum, zwei prägende Gebäude des Stadtteils Haidhausen, boten am 12. Februar den geeigneten Rahmen, um mit einem Festakt die Feierlichkeiten rund um das 1200-jährige Bestehen der Kirche in Haidhausen gebührend einzuläutet: „Beide Gebäude stehen als Symbol für das Miteinander von Kirche und Staat“, betonte Landtagspräsident Alois Glück nach dem Festgottesdienst im Steinernen Saal vor Vertretern aus Kirche, Wissenschaft, Stadt und Staat. Glück unterstrich die traditionell guten nachbarschaftlichen Beziehungen im Sprengel der Pfarrgemeinde, die auch seinen Vorgängern immer sehr wichtig gewesen seien.

Dass sich das Jubiläum auf den Tag genau vor 1200 Jahren datieren lässt, verdankt die Kirchengemeinde dem sogenannten „Cozroh-Codex“ aus dem Jahre 824, in dem der früheste Urkundenbestand des Freisinger Domarchivs überliefert ist. Die Kirchenübergabe an das Bistum am 12. Februar 808 ist dort verzeichnet – der heute älteste schriftliche Nachweis über die Existenz eines Gotteshauses im Haidhausen.

/kh